Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet Goldmark 0.30, für auswärts Goldmark 0.35, für das Ausland Goldmark 0.50. Die Reklamezeile, 91 mm breit, kostet Goldmark 1.50, auswärts Goldmark 2.00. — Die Briefgebühr für Buchstabenzeile beträgt Goldmark 0.10. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für die Zeit vom 16. bis 29. 2. bei freier Zustellung durch Boten 1.20 G.-Mark. Postbezug für 1 Monat Februar 3.50 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich 6 Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wöchentlich 1 Goldmark, nach dem Auslande 1.25 Goldmark. Einzelnummer 15 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 27980, 27981, 27982 und 27983. • Postscheckkonto: Dresden Nr. 2060

Nr. 51 — Freitag, 29. Februar 1924 — XXXII. Jahrg.

Panik an der Pariser Börse

Kahr immer schwerer belastet

Schwere Beschuldigungen Pöhners — Kahr nahm Pöhner als Zivilgouverneur für Sachsen in Aussicht

Zweiter Verhandlungstag

(Eigener Drahtbericht) Im zweiten Verhandlungstag wird zunächst der Angeklagte Dr. Weber vernommen. Ueber den Gang seiner Vernehmung wurde bereits noch im ersten Teile unsrer gestrigen Auflage berichtet. Wichtig war vor allem die Feststellung Dr. Webers, daß er v. Kahr am 6. November erklärt habe, er sei entschlossen, die schwarzweißrote Frage in Bayern aus ins Rollen zu bringen. Die weitere Vernehmung gestaltete sich dann wie folgt:

Vorsitzender: Auf Grund dieser Besprechung vom 6. November bei Herrn v. Kahr haben Sie also die Ueberzeugung gewonnen, daß eine völlige Uebereinstimmung zwischen den drei Herren und dem Kampfbund bestand?

Weber: Ja.

Auf die Frage des Vorsitzenden, was es für eine Bewandtnis habe mit einer am 7. November abends 6 Uhr abgehaltenen Führerbesprechung des Bundes Oberland, erklärte Weber, es sich dabei lediglich um eine Sitzung über interne Vereinsangelegenheiten gehandelt habe.

Vorsitzender: Wurde am 7. November vereinbart, daß Ludendorff nicht unterrichtet werden solle, damit die Hand habe?

Weber: Ja, das ist am 7. November vormittags mittags vereinbart worden.

Ueber

Die Vorgänge im Bürgerbräukeller

Weber anfangs als Versammlungsteilnehmer mitmachte, erklärte der Angeklagte: „Als ich ins Nebenzimmer hineinkam, stand Kahr am Fenster, Lossow lehnte an einem Stuhl und rauchte seine Pfeife. Seisser stand neben der Tür. Es war nur ein enger Begleiter Hitlers im Zimmer und Hitler selbst. Es wurde behauptet, daß vom Fenstergang Gewehre ins Zimmer gerichtet gewesen wären. Solange ich im Zimmer war, sah ich nur zwei Leute draußen auf und ab gehen, die Gewehre geschultert. Als Ludendorff Lossow um seine Mitwirkung bat, hat Lossow die beiden Hände auf den Säbel gelegt und erklärt:

„Der Wunsch von Eurer Exzellenz ist mir Befehl"

Eine ähnliche Erklärung gab auch Seisser ab. Lossow und Kahr standen mir persönlich zu fern. In nähere persönliche Berührung war ich nur mit Seisser gekommen. Ich kann nur das eine erklären, daß nach meiner festen Ueberzeugung die Zustimmung Seissers an Ludendorff vollkommen ehrlich und rückhaltlos war."

Der Angeklagte schildert dann den weiteren Verlauf der Vorgänge in der Nacht vom 8. zum 9. November. Auf Grund der einlaufenden Nachrichten hat sich die feste Ueberzeugung damals bei ihm gebildet, daß Lossow in seinen freien Entschlüssen behindert werde, nachdem er ursprünglich von ganzem Herzen der neuen Reichsregierung beigetreten sei. Der Eindruck sei verstärkt worden durch

eine zwischen 1 und 2 Uhr nachts erfolgte telephonische Unterredung zwischen Ludendorff und Seisser

Auf der Seisser auf die Frage Ludendorffs, was mit Lossow los sei, erwiderte, es sei alles in bester Ordnung. Er (Seisser) würde Herrn v. Lossow sehen und mit ihm zu Ludendorff kommen.

Vorsitzender: Ist es richtig, daß schon zwischen 1 und 2 Uhr Gerüchte über die andre Stellungnahme der Herren v. Kahr, Lossow und Seisser aufgetaucht sind?

Weber: Ein Offizier hat uns solche Gerüchte zugetragen. Ludendorff hat es sich darauf verbeten, daß solche Andeutungen gemacht würden, und erklärt, ein solcher Offizier breche sein Wort nicht. Ich hatte die feste Ueberzeugung, daß Lossow irgendwo festgehalten oder in seiner freien Entschließung gehindert werde.

Vorsitzender: Wann haben Sie nun eine zuverlässige Mitteilung über die Stellung Kahrs usw. erhalten?

Weber: Eine zuverlässige Meldung war die, als der Feldherrenhalle auf uns geschossen wurde. Auf Fragen des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte weiter, der Zug durch die Stadt habe den Zweck haben sollen, die Stimmung in München zu sondieren und eine Art Propaganda für den politischen Gedanken und den Gedanken der völkischen Diktatur durchzuführen. An der Feldherrenhalle angekommen, sei dem Zug eine Gruppe von der Landespolizei entgegengetreten. Der Oberleutnant der Landespolizei habe einem Mann den Karabiner entrissen, und ihn einem der völkischen Fahnenträger auf die Brust gesetzt. Der Fahnenträger habe den Karabiner mit der Fahnenstange zur Seite gestoßen, und dadurch sei der erste Schuß losgegangen. Darauf sei ein Mann der nationalsozialistischen Bewegung vorgesprungen und habe gerufen:

„Nicht schießen, Ludendorff ist dorn!"

Da darauf sei dieser Mann, von einer Kugel getroffen, niedergestürzt. Er war der erste Getötete. Es begann hierauf eine wüste Schießerei seitens der Landespolizei auf die zurückflutenden Demonstranten, wobei Tote und Verwundete zum Teil getroffen wurden. Daß Derartiges in dem sonst so nationalen Bayern möglich wäre, daß die sonst so national gesinnte Landespolizei auf den deutschen Heerführer schießen würde, das habe ich für möglich gehalten.

Weber erklärte weiter, daß die übrigen Angehörigen des Bundes Oberland von dem Plan für den 8. November nichts gewußt hätten; daß sie die ihnen gegebenen Weisungen ausführten, sei selbstverständlich. Als Hitler ihm den Plan vorgelegt habe, habe er sich sofort bereit erklärt, mitzumachen.

Vorsitzender: Wie haben Sie sich den weiteren Verlauf der Dinge vorgestellt?

Weber: Ich bin fest überzeugt, daß, wenn die Herren Kahr, Lossow und Seisser ihr Wort nicht gebrochen hätten, unsre Pläne zum endgültigen Ziele in Deutschland geführt hätten. Wir waren uns klar darüber, daß die Aktion nur im Einklang mit der Reichswehr und Landespolizei gemacht werden könne.

Einer der Verteidiger stellte die Frage, ob dem Angeklagten etwas davon bekannt sei, daß im Oktober Personalverfügungen des Reichswehrministeriums in Bayern nicht durchgeführt wurden.

Weber: Jawohl, das ist mir bekannt. Es ist wiederholt vorgekommen, daß von Berlin verfügte Personaländerungen von Lossow abgelehnt wurden. Wir mußten aus alledem den Eindruck gewinnen, daß die Weimarer Verfassung für Bayern überhaupt nicht mehr bestand, daß die Weimarer Verfassung von Bayern außer Kraft gesetzt worden war. Am 6. November bei der Besprechung im Generalstaatskommissariat hat Kahr ausdrücklich gesagt, daß die Vorbereitungen ziemlich restlos getroffen seien. Lossow hat erklärt, er wolle ja selbst nach Berlin marschieren. Kahr habe sich weiter dahin geäußert: „Das Zeichen zum Angriff gebeich." In den Besprechungen mit dem Obersten v. Seisser war wiederholt davon die Rede, daß sich die staatlichen Machtmittel, also Reichswehr und Landespolizei, im Norden nicht gegen einen derartigen Vormarsch stellen würden, wenn er unter der schwarzweißroten Fahne und unter der Signatur einer neuen Reichsregierung mit Ludendorff an der Spitze durchgeführt würde, daß aber wohl mit einem Zusammenstoß gerechnet werden könnte, wenn es sich um eine rein bayrische Aktion eines in diesem Falle meuternden Generals handeln würde.

Der Angeklagte tritt dann der Behauptung entgegen, daß im Nebenzimmer des Bürgerbräukellers eine Droh- und Kampfstimmung geherrscht habe, und betont unter Heiterkeit, daß man sich gegenseitig Zigaretten angeboten habe, was wohl für eine freundliche Auseinandersetzung spreche. In der Besprechung am 8. November habe man auch nicht im entferntesten daran denken können, daß Kahr, Lossow und Seisser ein Doppelspiel machen würden.

Im weiteren Verlaufe seiner Aussage erklärte der Angeklagte Dr. Weber, daß für den Angeklagten Pöhner von vornherein ein höheres Amt in Aussicht genommen worden sei. Kahr habe selbst einmal

Pöhner als Generalstaatskommissar für Thüringen und Sachsen

eingesetzt wissen wollen.

Ein Verteidiger machte darauf aufmerksam, daß die Besprechung vom 6. November von allergrößter Wichtigkeit für die Einstellung und Beteiligung Kahrs, Lossows und Seissers gewesen sei und daß über diese Besprechung ein Protokoll vorhanden sein müsse, von dem General Epp Kenntnis habe.

General Epp

wurde vorgerufen. Als ein Verteidiger dem General erklärte, es würden Zeugen vorgeführt werden, welche die Vorlesung des Protokolls bestätigen können, verwahrte sich General Epp dagegen, daß er hier förmlich examiniert werde, und er erklärte, er habe gar keinen Anlaß, etwas zu verschweigen.

Der Vorsitzende erwiderte, er danke dem General, er könne wieder Platz nehmen. Es folgt nun

ein ziemlich erregter Zwischenfall

Der Staatsanwalt Ehrhardt richtete nämlich die Frage an den Angeklagten:

Dr. Weber, haben Sie gehört, daß Exzellenz Ludendorff innerhalb der Reichswehr nur wenig Resonanz hat, namentlich in Norddeutschland? (Große Bewegung im Saale. Rufe: Unerhört!)

Dr. Weber erklärte, nachdem sich die Unruhe gelegt hatte, daß er auf Grund eigener Kenntnis des nordischen Offizierkorps feststellen könne, daß die Verehrung für den größten deutschen General derartig sei, daß die Möglichkeit einer Stellungnahme gegen Ludendorff gar nicht in Frage komme.

Staatsanwalt: Das wollte ich nur wissen.

Verteidiger Justizrat Kohl erhebt sich und ruft dem Staatsanwalt zu: **Sie wollten etwas ganz andres wissen!**

Nach einer kurzen erregten Zwischenbemerkung des Staatsanwalts erhebt sich neuerdings Justizrat Kohl und erklärt:

Die Frage, die der Staatsanwalt gestellt hat, ist für einen deutschen Offizier derart beleidigend, daß darauf eine ganz andre Antwort gehört, als wie sie der Staatsanwalt vorhin bekommen hat. (Lebhafte Zurufe im Zuhörerraum.)

Der Präsident verbittet sich Kundgebungen, man sei hier nicht im Theater. Der Staatsanwalt erklärt, daß Zeugen auftreten würden, welche Aussagen machen, die den Anlaß zu seiner Frage gegeben haben. Kurz vor 12 Uhr wurde dann die Verhandlung auf nachmittags 2 Uhr vertagt.

*

Nachmittagssitzung

In der Nachmittagssitzung tritt der Gerichtshof in die

Vernehmung des Angeklagten Oberlandesgerichtsrat Pöhner

ein. Pöhner gibt zunächst in breiter Darstellung ein Bild seiner grundsätzlichen politischen Einstellung als ehemaliger königlicher Offizier und königlicher Richter. Er habe die Zeichen des beginnenden Verfalls hinter der Front beobachtet und gesehen, wie rassenfremde Elemente den Landes- und Volksverrat vorbereiteten. Der Angeklagte fährt dann fort: Mit Empörung habe ich gesehen, wie sehr viele, zum Teil hohe Beamte und Offiziere mit akrobatischer Geschwindigkeit einen Gesinnungswechsel vorgenommen haben.

Es war für mich empörend, zu sehen, wie hohe Generalstabsoffiziere in München, Würzburg und anderwärts davongelaufen sind

Meine Einstellung blieb stets die gleiche. Ich habe daraus nie ein Hehl gemacht. Als ich freiwillig die Leitung des Strafgefängnisses übernahm, war meine erste Tat, die roten Fetzen von dem Gebäude herunterzuholen. Ich bin stolz darauf, daß in dieser Zeit das Gefängnis das einzige Gebäude in München war, auf dem der rote Lappen nicht wehte. Ich habe diese meine Gesinnung auch während der Rätezeit hochgehalten. Wohl war ich mir darüber klar, daß ich danach oft mit den neuen Machthabern, die teils Urheber, teils Nutznießer des Novemberverbrechens waren, in Konflikt geraten müßte. Herrn v. Kahr lernte ich als Polizeipräsident kennen und schätzen, denn er war der gleichen Meinung wie ich über das Novemberverbrechen. Als Polizeipräsident bin ich mit einer sehr großen Anzahl von Personen in nähere Fühlung getreten, die in der sogenannten vaterländischen Bewegung tätig waren. Auf diese Zeit ist es wohl auch zurückzuführen, daß ich zu den Führern von „Oberland", „Reichsflagge", „Nationalsozialisten" usw. ein ziemliches Vertrauen besessen habe. Ich war dem parteipolitischen Getriebe vollständig entrückt, schon dadurch, daß ich

nie in meinem Leben einer politischen Partei angehört habe

Ich habe dieses Parteileben als einen der größten Krebsschäden am Volke erachtet. Die Fühlung mit Kahr habe ich aufrechterhalten, wenn die Beziehungen auch etwas kühler wurden und schließlich ziemlich ganz aufhörten. 1922 war ich nur zweimal mit Kahr zusammen und dann nicht mehr bis zum 30. September 1923. Kahr war kurz vorher zum Generalstaatskommissar ernannt worden. Es ist an mich von verschiedenen Seiten die Anregung gebracht worden, ich möchte doch wieder mit ihm zusammenarbeiten. **Ich habe mich ablehnend verhalten, da ich Zweifel hegte, ob Kahr in schwierigen Situationen diejenige Entschlußkraft aufbringen würde, die notwendig sein müßte.** Warum ich trotzdem am 30. September mit ihm zusammenkam, war in dem Wunsche des Kapitänleutnants Ehrhardt begründet, der am Tage vorher bei mir zu Besuch war.

Von einem der Verteidiger wird angeregt, es sollten die Ausführungen über Ehrhardt unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gehalten werden.

Der Vorsitzende bemerkt, daß dies Sache des Herrn Pöhner sei, den Ausschluß zu beantragen.

Pöhner erklärt, er werde alles weglassen, was vaterländische Interessen berühren könnte, und schließt

Sturz des belgischen Kabinetts

Ablehnung des Wirtschaftsvertrages mit Frankreich — Schwerer Frankensturz

☞ **Paris, 28. Februar.** (Eig. Drahtbericht.) **Die Brüsseler Ereignisse, die zur Ablehnung des Wirtschaftsvertrages mit Frankreich und zum Rücktritt des Kabinetts Theunis führten, haben gestern an der Pariser Börse eine panikartige Stimmung hervorgerufen, die sich in einem erneuten scharfen Anziehen der ausländischen Wechselkurse äußerte. Für ein Pfund Sterling wurden 104,80 Franken gezahlt. Der Ernst der Lage wird in hiesigen Kreisen nicht verkannt. Man blickt dem Ausgang der belgischen Ministerkrise sowie einer eventuellen Neuorientierung der belgischen Politik mit unverkennbarer Beklemmung entgegen. „Journée Industrielle" hält die Lage für bedrohlich, falls die belgischen Sozialisten die Auflösung der Kammer und die Ausschreibung von Neuwahlen durchsetzen sollten.**

Im übrigen stellen die Blätter weitläufige Betrachtungen über den Rücktritt der Brüsseler Regierung an. „Journée Industrielle" meint u. a.: „Die wahren Urheber der Niederlage des belgischen Kabinetts sind einerseits die Vertreter einer anglophilen Politik und anderseits die Blaemen. Die Brüsseler Ereignisse müssen in einen Zusammenhang mit Versuchen gebracht werden, die in allen Kreisen und auf allen Gebieten erfolgen, um die Stellung des Kabinetts Poincaré zu erschüttern und seinen Rücktritt zu erzwingen."

*

Rücktritt des belgischen Kabinetts

Prügelszenen im Senat — Niedergeschlagene Stimmung in Brüssel — Die Frage der Nachfolgerschaft

△ **Brüssel, 28. Februar.** (Eigener Drahtbericht.) **Das belgische Kabinett Theunis-Jaspar ist gestern an dem Gesetzentwurf über das französisch-belgische Wirtschaftsabkommen gescheitert. Mit 95 gegen 79 Stimmen wurde der Entwurf von der Kammer abgelehnt.** Die Regierung, die ausdrücklich die Abstimmung mit der Vertrauensfrage verknüpfte, ist darauf zurückgetreten. Die 95 Abgeordneten, die gegen den Vertrag stimmten, setzen sich zusammen aus 68 Sozialisten, 4 vlaemischen Extremisten, 22 Katholiken und einem Antimilitaristen. Die 79 Abgeordneten, die für die Ratifizierung stimmten, gehören der liberalen und der katholischen Partei an. Sieben Abgeordnete haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt. Nach der Abstimmung begab sich Theunis sofort in den Senat, wo er bezeichnenderweise begeistert empfangen wurde. Die Sozialisten versuchten, die ihm dargebotenen Ovationen durch laute Zwischenrufe zu stören. Bei Schluß der Sitzung kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Sozialisten und Katholiken. **Ein sozialistischer Senator geriet mit einem katholischen sogar in Tätlichkeiten.** Beide konnten nur gewaltsam voneinander getrennt werden.

Die Nachricht von dem Rücktritt des Kabinetts Theunis hat in Brüssel eine sehr gedrückte Stimmung hervorgerufen. Es ist zu berücksichtigen, daß das Kabinett **wegen einer internen Angelegenheit zwischen Frankreich und Belgien** zum Fall kam, und daß es noch in der Kammerdebatte am Dienstag dem Außenminister Jaspar gelungen war, die außenpolitischen Erfolge des Kabinetts, besonders hinsichtlich der Reparationsfrage, überzeugend darzulegen. Er konnte darauf hinweisen, daß die Sachverständigen der Reparationskommission zum guten Teil auf das Betreiben Belgiens zusammengetreten seien und daß das **belgische Kabinett auch in der Pfalzfrage eine heilsame vermittelnde Rolle zwischen Frankreich und England gespielt habe.** Ein weiterer wesentlicher Erfolg für das Kabinett ist die Ueberzeugung, daß der Bericht der Sachverständigen auf die belgischen Wünsche des von dem Kabinett verfaßten Reparationsplanes aufgebaut wird. Der Wirtschaftsvertrag mit Frankreich jedoch hat neben den Sozialisten auch in belgischen Wirtschaftskreisen verstimmt, da er für französische Waren gewisse Einfuhrerleichterungen vorsieht, die für verhängnisvoll angesehen werden. Ein reguläres Zollabkommen mit Frankreich abzuschließen, war nicht gelungen. Es scheiterte an dem Widerstand Frankreichs.

Ueber die Frage der Nachfolge hat man sich bereits Gedanken gemacht. **An Stelle Theunis nennt man besonders Van de Vyver, den bisherigen Wirtschaftsminister.** Jaspar bleibt, übernimmt möglicherweise wiederum das Außenministerium. Es werden an seiner Stelle jedoch auch die Namen **Paul Hymans** und **Caton de Wiart** genannt. Selbstverständlich werden die Sozialisten unter Führung Vanderveldes, der erst kürzlich eine optimistische Programmrede, besonders für die Reparationspolitik einer etwaigen belgischen Arbeiterregierung gehalten hat, nichts unversucht lassen, um ihren Einfluß zu vergrößern. **Eine sozialistische Regierung könnte jedoch kaum vor Neuwahlen in Frage kommen.**

*

Folgen des Frankensturzes

Erhöhung der französischen Eisenbahntarife

× **Paris, 27. Februar.** Die Personentarife der Eisenbahn werden vom 10. März an in der ersten Klasse um 50 Proz., in der zweiten Klasse um 48, in der dritten Klasse um 47 Proz. und die Gütertarife um 12½ Proz. erhöht werden.

*

„Eine Kundgebung gegen Frankreich"

Französische Blätter zur belgischen Kabinettskrise

× **Paris, 28. Februar.** Das „Oeuvre" erklärt, **daß die belgische Ministerkrise von gewisser Seite als eine Kundgebung gegen Frankreich hingestellt werde. Nach seiner Ansicht habe die bisherige belgische Regierung in der Tat kein Hehl daraus gemacht, daß sie es satt habe, sich der Politik Poincarés anzuschließen und im Ruhrgebiet Erfolgen nachzujagen, die niemals erreicht würden. Auch nach der „Ere Nouvelle" dürfte Europa den Sturz des Kabinetts Theunis als Desavouierung der Politik vom 11. Januar 1923 auslegen.**

*

Nachbörslicher Frankenkurs in Paris

× **Paris, 28. Februar. Das englische Pfund hat gestern nachbörslich 104,75, der Dollar 24,38 erreicht.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19240229/1